

Der Kanton Luzern hat alte Menschen zu hoch belastet

«Luzern ist bei Heimgeldern ein Ausreisser», Ausgabe vom 28. Januar

«Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV helfen dort, wo die Renten und das Einkommen nicht die minimalen Lebenskosten decken. Auf sie besteht ein rechtlicher Anspruch. Zusammen mit der AHV und IV gehören die Ergänzungsleistungen (EL)

zum sozialen Fundament unseres Staates», so der einleitende Text der Broschüre «Ihr Recht auf Ergänzungsleistungen». Das Kantonsgericht bestätigt nun, was die Heimverbände Curaviva und Senesuisse seit Jahren monieren. Der Kanton Luzern beschränkt die anrechenbaren Heimgeldern zu stark, wodurch die Heimbewohnerinnen und -bewohner mit zu hohen Selbstbeteiligun-

gen belastet werden. Sind ihre Eigenmittel aufgebraucht, müssen sie auch noch Sozialhilfe beantragen. Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung 2011 hatte unter anderem zum Ziel, die Heimbewohner aus der Armutsfalle zu befreien. Einmal mehr, wie bei der Kürzung der Prämienverbilligung, sorgt der Kanton Luzern für Negativ-Schlagzeilen. Heisst das, dass die Politik

versagt hat? Unbestritten ist, dass sie wieder verlässlich Verantwortung für alle Menschen unseres Kantons übernehmen und sich für gute Rahmenbedingungen einsetzen muss – im Besonderen für benachteiligte und alte Menschen.

Marianne Wimmer-Lötscher, Kantonsrätin SP, Gemeinderatskandidatin, Ebikon

Idee für dezentralen Bahnhof

«Der Busbahnhof über den Gleisen ist wieder im Aufwind», Ausgabe vom 14. Januar

Da traut man seinen Augen nicht: Die Stadt Luzern will eine «Testplanung zum Durchgangsbahnhof» durchführen, um «Lösungsansätze» für eine ausgewogene Gesamtsicht zwischen den Themen Mobilität, Siedlung und Freiraum zu finden. Zudem soll die Idee eines Busbahnhofs über den Gleisen des Güterbahnhofs geprüft werden.

Besorgte Bürger fragen sich, ob die Verkehrserschliessung des Tiefbahnhofs denn seinerzeit beim Variantenvergleich in Sachen Tiefbahnhof nicht geprüft wurde. Leider nein, denn die von Ernst Basler + Partner im Auftrag des Kantons erstellte Variantenstudie vom 16. Januar 2015 untersuchte die verkehrspolitisch zentrale Frage einer weiteren Zunahme der historischen Strassen-Überlastung beim Bahnhof überhaupt nicht! Dank dieses Wegschauens erhielt der Durchgangsbahnhof grünes Licht für die Projektierung.

Dabei soll er dereinst mindestens 40% Mehrverkehr vom und zum Bahnhof aufnehmen,

notabene ohne den Verkehr aus der neu geplanten Rösslimatt – Überbauung. Die mit dem Tiefbahnhof verbundene Frequenzsteigerung um mehr als 40% findet am falschen Ort statt, nämlich rund ums heute schon kollabierende Bahnhofgebiet.

Die «Lösung» hiesse Dezentralisierung, das heisst, der Umsteigeverkehr ist am Zentrum vorbei zu führen: Durch die Erstellung einer Bahnstation «Rotseeried» und eines Verbindungsgleises zwischen Fluhmühle und der Station Rotseeried, den Ausbau der Strecke Rotseeried – Ebikon auf Doppelgleis sowie der Ausbau der Strecke Emmenbrücke – Hauptbahnhof auf drei Gleisen (Details auf www.bahndreieck-luzern-nord.ch). Und nur so werden Schweizerhofquai und Bahnhofplatz nicht über Jahre hinweg mit Baugruben und Baulärm entwertet.

Die Hoffnung, dass es im Ritterschen Palast und im Stadthaus noch rechtzeitig «taget», bevor Milliarden im Bahnhofsumpf verlockt werden, stirbt zuletzt.

Viktor Rüegg, Kriens, Präsident Verein Bahndreieck Luzern-Nord

Regeln für Leserbrief

Wir freuen uns über Ihre Leserbrief. Unsere E-Mail-Adresse lautet forum@luzernerzeitung.ch. Sie können Ihren Brief aber auch auf www.luzernerzeitung.ch direkt hochladen.

Wir behalten uns vor, Texte zu kürzen oder nicht zu publizieren. Grundsätzlich werden Abonnenten bei der Auswahl der Briefe bevorzugt behandelt.

Bitte geben Sie bei jedem Brief Ihre vollständige Adresse an.

Im Sinne der Transparenz bitten wir Sie, eine allfällige öffentliche oder politische Funktion anzugeben, falls sie einen Bezug zu Ihrem Brief hat.

Dieser Entscheid freut wohl Schweizer Gewerbler

«Was haben Sie gegen Einkaufstouristen?», Ausgabe vom 27. Januar

Etwas mehr als die Hälfte des Interviews mit Olaf Scholz, dem Vizekanzler Deutschlands, ist dem Einkaufstourismus Richtung Deutschland gewidmet. Der Rest gehört der Abstimmungsdebatte zur SVP-Begrenzungsinitiative.

Gemäss persoenlich.com ist der Interviewer Patrik Müller «ein Super-Chefredaktor», Leiter der Zentralredaktion CH Media und stellvertretender Leiter Publizistik. Mich beschämt es, wenn eine, man

sollte meinen, solch kompetente Person solche Fragen an Deutschlands Vizekanzler stellt. Hat er keine interessanteren Fragen an einen Behördenvertreter unseres Nachbarlandes?

Ja, Deutschland erstattet jetzt Grenzgängern die Mehrwertsteuer erst ab Einkäufen ab 50 Euro zurück. Nur zur Information: Frankreich hat eine Rückerstattungs-Grenze von 175.01 Euro, Italien eine von 154.95, Österreich eine von 75.01 Euro.

Wer nahe der Grenze zu Deutschland wohnt, für den ist diese 50-Euro-Grenze äusserst

relevant. Übrigens, Deutschland hat eine ordentliche Mehrwertsteuer von 19 Prozent, Frankreich von 20, Italien von 22 und Österreich von 20 Prozent.

Es kann sein, dass das lokale Gewerbe in Süddeutschland keine Freude hat am Entscheid Deutschlands. Ich gehe aber davon aus, dass vielleicht der eine oder andere Schweizer Gewerbebetrieb nahe der deutschen Grenze dankbar ist für diesen Entscheid.

Beatrice M. Grob Ludin, Wauwil

Ist Luzern wie Lausanne?

Zur Abstimmung über eine Metro in der Stadt Luzern am 9. Februar

Die Initianten wollen glauben machen, dass mit der ersten Linie am Schwanenplatz der Start für ein Metronetz mit zwei bis drei Linien gemacht werde und Luzern die Verkehrsprobleme so lösen könne. Doch stellen wir die Frage, ob es Sinn macht, Leute an einen Ort zu transportieren, wo ausgesprochen wenige arbeiten und niemand wohnt. Alle, die in die Innenstadt möchten, müssten dann den Umweg über Ibach fahren. Eine Zuspitzung der Stausituation im Nadelöhr Reussport/Sonnenberg tunnel wäre die Folge.

Auch der Vergleich mit Lausanne hinkt. Diese so genannte Metro ist gemogelt. Da wurde eine bestehende Standseilbahn umgerüstet, beim Rest handelt es sich um Tramlinien mit nur einigen wenigen unterirdischen Stationen im Zentrum. Das ist niemals das, was den Initianten vorschwebt. Das Metro-Projekt ist unrealistisch und nicht finanzierbar bezogen auf unsere Einwohnergrösse. Zudem liegt es bezüglich Agglomerationsprogramm völlig schief in der Landschaft. Die zielgerichtete Entwicklung des Mobilitätskonzepts mit Durchgangsbahnhof, S-Bahn-Ausbau und R-Bus mit Bushubs und dem Bypass läuft in eine andere Richtung und ist in vollem Gang. Die Metro bliebe isoliert und quer in der Landschaft. Ein Nein ist die einzig vernünftige Antwort.

Peter Zai, Luzern, alt Grossstadtrat, alt Kantonsrat CVP

Seit mehr als einem Jahrhundert besitzen wir die gleich grosse Verkehrsfläche, und die vorhandene Infrastruktur bietet keinen Platz für ein zu erwartendes Wachstum. Was tun? Luzern wäre in guter Gesellschaft mit einer Metro, denn so macht man das in Lausanne. Dort soll die Linie M3 neu gebaut werden und vom Bahnhof Richtung Nordwesten zum Flugplatz Blécherette führen. Für den Bau der M3 rechnet der Kanton Waadt mit Kosten von insgesamt 582 Millionen Franken, für den Ausbau der M2 sind 228 Millionen veranschlagt. Der Bund dürfte sich mit 161 Millionen Franken beteiligen. Parallel dazu – wie in Luzern – stehen für den Umbau des Bahnhofs Lausanne zusätzlich 1,3 Milliarden Franken an, die sich Bund, Kanton und Stadt aufteilen. Die Waadtländer Verkehrsministerin Nuria Gorrite (SP) hielt vor nicht allzu langer Zeit an einer Medienkonferenz fest, dass die Lausanner Metro die Mobilitätsgewohnheiten der Bevölkerung stark verändert und zu einem Rückgang des Autoverkehrs im Stadtzentrum geführt hat. Stadtrat Adrian Borgula (Grüne) konzentriert sich lieber auf den Strategieprozess für ein neues Carregime oder auf den Durchgangsbahnhof, der einen Quantensprung bewirken soll. Dann aber wünsche ich ihm eine gute Gesundheit, denn wenn er zur Eröffnungsfeier des Quantensprungs eingeladen wird, ist er bald 90-jährig. Somit müssen wir uns fragen, was in der Zwischenzeit zu machen sei.

Jim Binnenkade, dipl. Bau-Ing., Luzern

Sonnenaufgang im Wauwilermoos



Das Wauwilermoos ist eine herbe Landschaft im Norden des Kantons, die zu Spaziergängen verlockt – besonders an einem sonnigen Wintermorgen.

Bild: Vinzenz Blum, Egolzwil

Ist unsere sogenannte Elite so korrupt, dass sie auf alles einsteigt?

«Der Zuger Anwalt und die angolanischen Millionen», Ausgabe vom 21. Januar

Dass eine Frau, Isabel dos Santos, mit 46 Jahren, 2 Milliarden Dollar an Vermögen anhäuft, ist skandalös. Und wie ist der Zuger Wirtschaftsanwalt beteiligt, der Verwaltungsratspräsident der Holding von Frau dos Santos war und von den Machenschaften angeblich nichts wusste? Das muss ein

schlechter Anwalt sein, der solches nicht durchschaut. Der Zuger Anwalt, der seine Hände in Unschuld wäscht, hat sich aber – offenbar obwohl er nichts wusste – rechtzeitig von diesem Amt zurückgezogen. Dass er mit seinem Handeln auch einen Berufsstand diskreditiert, sei nebenbei erwähnt. Ist unsere sogenannte Elite so korrupt, dass sie auf jede Schweinerei einsteigt, Hauptsache, es ist lukrativ? Angola ist

ein mausarmes Land, dessen Bevölkerung sich in 80 Jahren verzehnfacht hat. Heute leben dort 30 Millionen Menschen, davon ein Drittel unter der Armutsgrenze, und glauben Sie mir, das ist extrem miserabel. Dass die politische Elite, es ist ja nicht nur Frau dos Santos, so mit ihrem Land und seiner Bevölkerung umgeht, ist unvorstellbar! Unsere Regierung hofiert und toleriert solche Machenschaften und

spendet ihren Applaus. Der beteiligte Zuger Anwalt ist auch noch CVP-Politiker, welch ein Zufall, da ist ein «C» im Parteinamen, «C» für christliche Werte. Dass Schweizer Banken bei den Luanda Leaks nicht mit von der Partie sind, kann man als positiv bewerten. Dass sie nicht Alarm geschlagen haben, ist eher fragwürdig.

Michael Lange, Stansstad